

# Ein kurzer Quantensprung

Der Fonds zur Friedenskonsolidierung (PBF) ist operativer Teil der UN-Friedensarchitektur. UN-Generalsekretär António Guterres fordert die Mitgliedstaaten zu einem finanziellen ›Quantensprung‹ auf, um mindestens 500 Millionen US-Dollar an jährlichen Beiträgen zu erreichen. Davon ist der Fonds 15 Jahre nach seiner Entstehung weit entfernt.



**Dr. Hanns Schumacher** ist Botschafter a.D. und derzeit Mitglied der Beratergruppe des Fonds zur Friedenskonsolidierung (PBF), die vom UN-Generalsekretär einberufen wurde.

✉ hannsschumacher@web.de

**D**er Fonds zur Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Fund – PBF) ist auf freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen. Vor dem Hintergrund seiner unzureichenden Finanzierung und Guterres' zentralem Reformansatz, Friedenskonsolidierung durch Prävention zu erreichen, wird die Finanzierung der Friedenskonsolidierung Thema eines Hochrangigen Treffens der UN-Generalversammlung im Frühjahr 2022 (High-level Meeting on Financing for Peacebuilding).

»Wir wollen im Sicherheitsrat stärker als bisher den Aspekt der Konfliktprävention einbringen«,<sup>1</sup> bekannte sich der frühere Bundesaußenminister Heiko Maas am Beginn der letzten deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat im Januar 2019. Präventive Diplomatie und Konfliktvermeidung gehören zum Wesenskern der Vereinten Nationen. Ausdrückliche Erwähnung finden die Begriffe in der UN-Charta jedoch nicht. Die ›Agenda für den Frieden‹ des ehemaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali im Jahr 1992 erwähnt erstmals Krisen- und Konfliktprävention als Handlungsansatz, anfänglich beschränkt auf Projekte nach dem Ende gewaltsamer Auseinandersetzungen zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung eines Krisengebiets (Postkonfliktphase). Der Ergänzungsbericht zur Agenda im Jahr 1995 formuliert dann weitergehend eine umfassende Forderung zur »präventiven Friedenskonsolidierung.«<sup>2</sup>

Der Bericht von Boutros-Ghali's Nachfolger, Kofi Annan, ›In größerer Freiheit‹, und dessen Feststellung, dass rund die Hälfte aller Staaten nach einer kriegerischen Auseinandersetzung innerhalb von nur fünf Jahren erneut in Gewalt abgleiten, veranlasste im Jahr 2005 den Weltgipfel der UN-Mitgliedstaaten, ein Konzept zu verbesserter Friedenskonsolidierung zu entwickeln.<sup>3</sup> Generalversammlung und Sicherheitsrat setzten im Jahr 2005 dieses Konzept in inhaltsgleichen ›Zwillingsresolutionen‹ um.<sup>4</sup> Diese beiden Resolutionen bildeten die Grundlage der Architektur der Vereinten Nationen zur Friedenskonsolidierung:

- Die Gründung der Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission – PBC) als ein zwischenstaatliches Beratungsorgan der Mitgliedstaaten,
- die Einrichtung eines Fonds zur Friedenskonsolidierung, finanziert durch »freiwillige Beiträge«, und
- ein ›bescheidenes‹ Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Support Office – PBSO), angesiedelt im UN-Sekretariat, »im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel«<sup>5</sup>.

## Der Anspruch: ganzheitliche, nachhaltige Prävention

Der Fonds untersteht direkt dem Generalsekretär, wird umgesetzt durch das PBSO und seine Maßnahmen vor Ort werden unter Leitung der UN-Länderbüros durchgeführt. Die Mittelverwaltung als ungebundener Mehrjahresfonds unterliegt der Kontrolle des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) innerhalb der bestehenden Treuhandfonds-Verwaltung, der Multi-Partner-

<sup>1</sup> Drei Fragen an Heiko Maas, Zeitschrift VEREINTE NATIONEN (VN), 67. Jg., 1/2019, S. 8.

<sup>2</sup> UN Doc. A/50/60-S/1995/1 v. 25.1.1995, Para. 49; zum Begriff ausführlich: Alischa Kugel, Die Vereinten Nationen und präventive Diplomatie, VN, 62. Jg., 1/2014, S. 3–8.

<sup>3</sup> UN-Dok. A/RES/60/1 v. 16.9.2005, Para. 99ff.

<sup>4</sup> UN-Dok. S/RES/1645 und A/RES/60/180 v. 20.12.2005.

<sup>5</sup> UN-Dok. A/RES/60/180, a.a.O. (Anm. 4), Para. 23f.

Treuhandfonds (Multi Partner Trust Fund – MPTF).<sup>6</sup> Organisation und Finanzierung haben sich bis heute nicht geändert. Der Anspruch, was dieses System Friedenskonsolidierung leisten soll, wird hingegen immer umfassender. Auslöser ist der im Jahr 2015 veröffentlichte Bericht der Beratenden Expertengruppe zur Überprüfung der UN-Friedenskonsolidierungsarchitektur (›Rosenthal Bericht‹).<sup>7</sup> Daran anknüpfend einigten sich im Jahr 2016 in erneut fast inhaltsgleicher Doppelresolution die beiden UN-Hauptorgane Generalversammlung und Sicherheitsrat auf das bis heute gültige Verständnis von Friedenskonsolidierung als eines »inhärenten, politischen Prozesses, der darauf abzielt, den Ausbruch, die Eskalation, das Wiederaufleben oder die Fortdauer von Konflikten zu verhindern [...]«<sup>8</sup>. Damit ist der bis heute geltende, ganzheitliche Ansatz »nachhaltiger« Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen umrissen. Er bestimmt das Aufgabenspektrum des PBF, ist Richtschnur für die Projektentwicklung des PBSO und der Länderteams: Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Förderung des Wirtschaftswachstums, soziale und nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung, Geschlechtergerechtigkeit, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten – dies alles »in Anbetracht der Notwendigkeit, ausreichende, vorhersehbare und dauerhafte Finanzmittel für die Friedenskonsolidierungsbemühungen der Vereinten Nationen bereitzustellen«, wobei »alle Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert werden, die Entrichtung freiwilliger Beiträge an den Fonds zu erwägen«.<sup>9</sup>

## Beim Wort genommen

António Guterres vertraut darauf. Er machte umgehend nach Dienstantritt dieses Verständnis von »ganzheitlicher Konfliktprävention« zu seinem zentralen Reformansatz.<sup>10</sup> Der Generalsekretär reorganisierte daraufhin die Arbeitsbereiche Frieden und Sicherheit im Sekretariat. Die regionalen Abteilungen der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (Department of Political Affairs – DPA)

und die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (Department of Peacekeeping Operations – DPKO) wurden zu einer einheitlichen, politisch operativen Struktur. Das Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung und der PBF wurden damit Teil der neuen Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung (Department of Political and Peacebuilding Affairs – DPPA), behalten aber unter Leitung eines Beigeordneten Generalsekretärs ihre operative Unabhängigkeit.

Die Residierenden Koordinatoren (Resident Coordinators) vor Ort, zentrale Ansprechpartner des PBSO auf der Länderebene, die bisher dem UNDP unterstanden, werden in direkter Berichtslinie dem Generalsekretär zugeordnet – auch ihre Finanzierung ist teilweise bis heute nur befristet durch freiwillige Beiträge gesichert. Damit zwingt Guterres die verschiedenen Programme und UN-Fonds zu verstärkter Zusammenarbeit, die das Konzept »Delivering as One« nicht zusammenbringen konnte.<sup>11</sup>

## António Guterres machte das Verständnis von »ganzheitlicher Konfliktprävention« zu seinem zentralen Reformansatz.

Mit der Einbettung des PBSO ins DPPA, dem jährlichen PBF-Tätigkeitsbericht an die Generalversammlung, der Zusammenarbeit mit der zwischenstaatlichen PBC, einer vom Generalsekretär ernannten, unabhängigen Beratergruppe von bis zu zehn Personen zur Erarbeitung »politischer Leitlinien«<sup>12</sup>, hat der Fonds eine komplexe Organisations- und Kontrollstruktur, die ihm im UN-System ein Alleinstellungsmerkmal gibt.

Das PBSO hat den Mitgliedstaaten im März 2020 den aktuellen Arbeits- und Projektplan vorgelegt, der erstmalig einen Zeitraum von fünf Jahren umfasst.<sup>13</sup> Er plant dabei mit einem Budget von 1,5 Milliarden US-Dollar über den gesamten Zeit-

<sup>6</sup> UN-Dok. A/RES/60/984 v. 22.8.2006.

<sup>7</sup> UN Doc. A/69/968–S/2015/490 v. 30.6.2015.

<sup>8</sup> UN-Dok. S/RES/2282 v. 27.4.2016 und A/RES/70/262 v. 27.4.2016.

<sup>9</sup> UN-Dok. A/RES/60/287 v. 8.9.2008, Para. 4.

<sup>10</sup> Secretary-General-designate António Guterres' Remarks to the General Assembly on Taking the Oath of Office, 12.12.2016, [www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2016-12-12/secretary-general-designate-ant%C3%B3nio-guterres-oath-office-speech](http://www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2016-12-12/secretary-general-designate-ant%C3%B3nio-guterres-oath-office-speech). Die Bundesregierung verabschiedete nur wenige Monate später, am 14. Juni 2017, die Leitlinien »Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern«, [www.auswaertiges-amt.de/blob/283636/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/leitlinien-krisenpraevention-konfliktbewaeltigung-friedensfoerderung-dl-data.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/blob/283636/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/leitlinien-krisenpraevention-konfliktbewaeltigung-friedensfoerderung-dl-data.pdf)

<sup>11</sup> Beate Wagner, António Guterres – ein Jahr im Amt, VN, 66. Jg., 1/2018, S. 26.

<sup>12</sup> UN, Peacebuilding, Sixth Advisory Group of the Peacebuilding Fund, [www.un.org/peacebuilding/content/pbf-sixth-advisory-group](http://www.un.org/peacebuilding/content/pbf-sixth-advisory-group)

<sup>13</sup> The United Nations Secretary-General's Peacebuilding Fund, PBF Strategy 2022–2024, [www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org/peacebuilding/files/documents/pbf\\_strategy\\_2020-2024\\_final.pdf](http://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org/peacebuilding/files/documents/pbf_strategy_2020-2024_final.pdf)

**Tabelle 1: PBF-Investitionen nach Empfängern im Jahr 2021 in US-Dollar**

Empfänger	Finanzielle Zusagen	Anzahl der Projekte
Sudan	22 881 412	9
Burkina Faso	20 084 505	18
Tschad	15 876 113	13
Zentralafrikanische Republik	13 550 595	25
Südsudan	12 905 355	11
Guinea	11 992 972	17
Somalia	11 580 000	17
Vereinte Nationen	11 404 144	7
Haiti	11 196 405	10
Niger	11 120 517	17
Liberia	9 885 163	11
Kamerun	9 418 058	11
Gambia	8 476 645	11
Côte d'Ivoire	8 127 247	17
Kolumbien	8 100 640	10
El Salvador	7 934 530	9
Guatemala	7 665 793	14
Mali	7 287 618	20
Madagaskar	7 138 921	16
Guinea-Bissau	6 741 169	15
Sri Lanka	6 603 966	12
Demokratische Republik Kongo	5 796 361	15
Honduras	5 431 521	7
Kirgisistan	5 007 500	11
Burundi	4 925 749	12
Sierra Leone	4 901 258	8
Mauretanien	4 878 823	8
Usbekistan	2 159 811	2
Salomonen	2 144 946	4
Lesotho	1 500 140	2
Papua-Neuguinea	1 500 000	2
Senegal	1 400 000	1
Dominikanische Republik	1 000 000	1
Myanmar	945 597	6
Benin	910 000	1
Bolivien	900 000	1
Libyen	897 195	1
Uganda	746 325	1
Gabun	635 977	1
Libanon	600 000	1
Tadschikistan	600 000	2
Albanien	571 396	1
Jemen	451 070	3
Ruanda	450 000	2
Togo	360 000	3
<b>Insgesamt genehmigt</b>	<b>278 685 438</b>	

Quelle: Multi-Partner Trust Fund Office Gateway, The Peacebuilding Fund, [mptf.undp.org/factsheet/fund/PB000](http://mptf.undp.org/factsheet/fund/PB000)

raum. Dieses Ziel ist nach derzeitigem Stand nicht zu erreichen, obwohl alle Überprüfungsberichte den Anspruch des Fonds bestätigen, »das Finanzinstrument der ersten Wahl zu sein, um nachhaltig in Konfliktsituationen Frieden konsolidieren zu können«<sup>14</sup>. Der Generalsekretär warnte in seinem Jahresbericht zur Friedenskonsolidierung nur wenige Monate später, dass die Finanzierungsziele im Jahr 2020 nicht erreicht wurden und der Fonds erstmals nicht in der Lage war, allen vorliegenden Projektanträgen zu entsprechen.<sup>15</sup> Eine vom PBSO in Auftrag gegebene, unabhängige Evaluierung kommt zu dem Ergebnis, dass eine »große Lücke« klafft zwischen den Ambitionen des Fonds, den Erwartungen der Geber und was aufgrund verfügbarer Ressourcen vor Ort umgesetzt werden kann.<sup>16</sup>

### António Guterres ausgebremst

Die Doppelresolutionen im Jahr 2016 zur Architektur der Friedenskonsolidierung forderten den Generalsekretär auf, Optionen aufzuzeigen für eine »nachhaltige« Steigerung der Fondsmittel.<sup>17</sup> Der Generalsekretär legte diese Optionen im Jahr 2018 umgehend vor, wiederholte und ergänzte sie in den jeweiligen Jahresberichten zur Friedenskonsolidierung in den Jahren 2019 und 2020. Dabei forderte er nachdrücklich und immer wieder, den notwendigen »Quantensprung« der Fondsmittel sowohl durch ungebundene, freiwillige Beiträge – möglichst in Form von Mehrjahresverpflichtungen – zu erreichen, dem Fonds aber auch durch Zugang zu Pflichtbeiträgen eine nachhaltigere Finanzierungsbasis zu geben. Dieser »Quantensprung«, das nie aufgegebenes Ziel, dem Fonds eine operative Basis von rund 500 Millionen US-Dollar jährlich zu verschaffen, mag anspruchsvoll erscheinen. Der Vergleich mit anderen Ausgaben zeigt eher den geringen finanziellen Stellenwert, den UN-Friedenskonsolidierung im Vergleich zu anderen Aufgaben hat. Nach Angaben des PBSO standen im Jahr 2020 den PBF-Investitionen in Höhe von 174 Millionen US-Dollar beispielsweise 624 Millionen US-Dollar des Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (Central Emergency Response Fund – CERF), 6,8 Milliarden US-Dollar für die UN-Friedenssicherung und 18 Milliarden US-Dollar für die internationale humanitäre Nothilfe gegenüber.

Ein »Quantensprung« hat nie stattgefunden. Weder die Generalversammlung noch ihr Fünfter Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen haben die Optionen des Generalsekretärs je diskutiert. Spricht der PBF-Jahresbericht 2019 noch nüchtern von einem »bescheidenem Wachstumspfad«, klingt es ein Jahr später schon alarmistisch: »Die Nachfrage nach PBF-Mitteln übersteigt zunehmend die

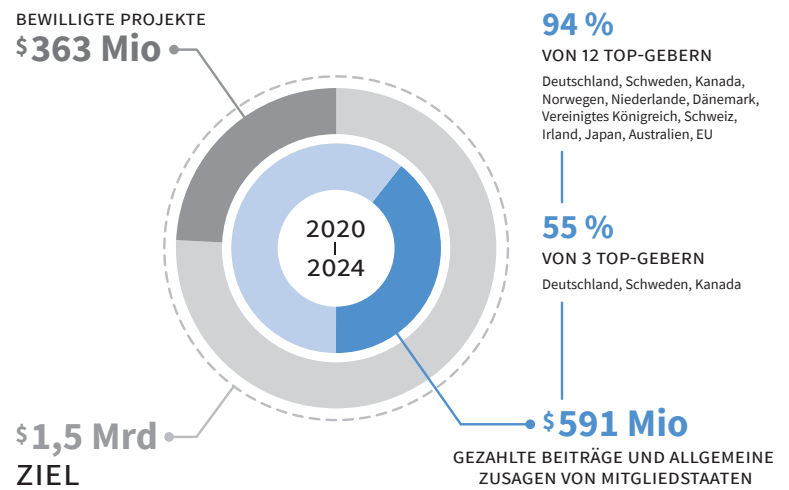
Mittel des Fonds.« Die Folgerung ist daher durchaus berechtigt, dass die Mitgliedstaaten die Bemühungen des Generalsekretärs um eine Reform der Bereiche Frieden und Sicherheit auszubremsen versuchen.<sup>18</sup>

Das Projektportfolio des PBF im Jahr 2021 ist beeindruckend. Der Fonds unterstützte über 40 Länder weltweit, die Projektzusagen in Höhe von über 278 Millionen US-Dollar erhielten (siehe Tabelle 1).

Die aktuelle, interne und noch nicht veröffentlichte Übersicht des PBSO für den gesamten Strategiezeitraum der Jahre 2020 bis 2024 zeigt den Stand an Zusagen und Verpflichtungen mit insgesamt 591 Millionen US-Dollar für den PBF einerseits als zufriedenstellend an, unterstreicht aber andererseits seine latente und nie überwundene Unausgewogenheit. 55 Prozent der Mittel, das Rückgrat des Fonds, kommen von nur drei Gebern: Deutschland, Schweden und Kanada. 94 Prozent des regelmäßigen Gesamtaufkommens verteilen sich auf nur zwölf Mitgliedstaaten, die ›Top-12-Geberstaaten‹ (siehe Abbildung 1). Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs ist der Beitrag der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (Permanent Five – P5) bescheiden bis marginal: Das betrifft die USA, China, Russland, jedoch mit erfreulich zunehmender Tendenz Frankreich. Die Beiträge anderer potenter Geber aus dem Mittleren Osten wie etwa Saudi-Arabien oder solcher mit Anspruch auf einen ständigen Sitz im Rat wie Brasilien und Indien sind beschämend niedrig. Mit Ausnahme Japans tragen allein Mitglieder der Gruppe der Westeuropäischen und anderen Staaten (Group of Western European and Other States – WEOG) den Fonds, mit auffällig niedrigem Profil der Europäischen Union (EU), die sich trotz mehrfacher, ausdrücklicher, auch öffentlicher Zusage gegenüber der Beratergruppe und in Diskussionsbeiträgen der PBC eines »beträchtlichen Beitrags« nach wie vor nicht in der Lage sah, dieses Versprechen zu erfüllen.

Der Aufruf des Generalsekretärs, gemeinsam mit Deutschland als derzeit größtem Geber, Kanada als amtierendem Vorsitz der PBC und den Projektländern Sudan und Sierra Leone zu einer virtuellen Geberkonferenz am 26. Januar 2021 änderte an dieser Schieflage nichts. Trotz zahlreicher Beteiligung gab es für das Jahr 2021 nur Zusagen in Höhe von 157 Millionen US-Dollar. Immerhin

**Abbildung 1: Aktueller Stand des Strategiezeitraums für die Jahre 2020 bis 2024**



Quelle: PBSO (Stand: Dezember 2021).

mehrjährige Verpflichtungserklärungen für den gesamten Fünf-Jahres-Zeitraum des laufenden PBF-Strategieplans bis zum Jahr 2024 beliefen sich auf 439 Millionen US-Dollar. Ein ›Quantensprung‹ ist das nicht. Mit der Ankündigung von je 25 Millionen Euro für die Jahre 2021 und 2022 unterstrich Heiko Maas seinen eingangs zitierten Anspruch, präventive Friedenskonsolidierung zu einem Schwerpunkt deutscher Außenpolitik zu machen. Für das Jahr 2021 wurde diese Zusage durch Restmittel um weitere 20 Millionen Euro auf 45 Millionen Euro erhöht und, für deutsches Haushaltswesen sehr ungewöhnlich, die Tranche für das Jahr 2022 vorgezogen und ausbezahlt. Deutschland bleibt damit der mit Abstand größte Geber des Fonds.

## Welche Optionen gibt es?

Die gemeinsame Presseerklärung zum Abschluss der Geberkonferenz vom 26. Januar 2021 verweist auf die Resolutionen von Sicherheitsrat und Generalversammlung im Jahr 2020, im Rahmen der laufenden 76. UN-Generalversammlung, ein Hochrangiges Treffen zur Finanzierung der Friedens-

<sup>14</sup> Ebd., S. 5.

<sup>15</sup> UN Doc. A/74/976-S/2020/773 v. 30.7.2020.

<sup>16</sup> UN, Peacebuilding, PBF Synthesis Review 2017–19, S. 2, [www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/synthesis\\_review\\_final\\_report.pdf](http://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/synthesis_review_final_report.pdf)

<sup>17</sup> Siehe UN-Dok. A/RES/70/262, a.a.O. (Anm. 8), Para. 30e, f.

<sup>18</sup> Richard Ponzio, The UN's new ›Sustaining Peace‹ Agenda: A Policy Breakthrough in the Making, STIMSON Center, 23.2.2018, [www.stimson.org/2018/un-new-sustaining-peace-agenda-policy-breakthrough-making/](http://www.stimson.org/2018/un-new-sustaining-peace-agenda-policy-breakthrough-making/)

konsolidierung abzuhalten, um »Optionen für eine angemessene, voraussehbare und nachhaltige Finanzierung zu entwickeln«<sup>19</sup>. Alle Optionen liegen auf dem Tisch. Der Generalsekretär wird sie noch einmal zusammenfassend vorlegen. Mitgliedstaaten sollten dazu vor Beginn der Sitzung Positionen entwickeln und Ankündigungen mit großem Getöse, ohne dass ein weiterführendes Ergebnis dabei herauskommt, vermeiden.

Größere Bereitschaft aller Mitgliedstaaten zu freiwilligen Leistungen bleibt alternativlos. PBC-Mitglieder sollten grundsätzlich bereit sein, sich nicht nur mit einem intellektuellen, sondern auch einem finanziellen Beitrag zur Friedenskonsolidierung zu beteiligen. Die verschiedenen Doppelresolutionen der Hauptorgane artikulieren schließlich Friedenskonsolidierung als eine Querschnittsaufgabe des gesamten UN-Systems.

Die oft geforderte Öffnung des PBF für ergänzende Pflichtbeiträge zur Stabilisierung der finanziellen Basis ist deswegen logisch und überfällig. Schließt man eine anteilige Finanzierung aus dem regulären Haushalt aus – was im UN-Sekretariat bisher ausgeschlossen wird –, gäbe es folgende Alternativen:

- Übertragung ungenutzter Restbeträge, die auf Konten verschiedener Treuhandfonds des Sekretariats liegen, auf den PBF;
- eine freiwillige Verpflichtung der Hauptbeitragszahler zu Friedensmissionen zur Priorisierung von 15 Prozent der Mittel des letzten Haushaltsjahrs einer vor dem Abschluss stehenden Operation für Maßnahmen der Friedenskonsolidierung;

- Pflichtbeiträge, gerechnet als Anteil des jährlichen Budgets für Friedensmissionen in Form entweder einer festen Summe oder eines symbolischen Prozentsatzes von einem Prozent.

Zugang zu Pflichtbeiträgen für allgemeine Maßnahmen der Friedenskonsolidierung und den PBF über einen zu definierenden Anteil am Gesamthaushalt für Friedensmissionen ist im PBSO und der Beratergruppe die bevorzugte Lösung, um den Fonds auf eine nachhaltige, finanzielle Basis zu stellen – vorausgesetzt, es werden mit zusätzlichen Mitteln keine Mandate dupliziert oder Mittel von anderen Operationen abgezogen. Logisch wäre diese Entscheidung auch deshalb, weil schon jetzt ein stetig steigender Anteil von PBF-Projekten in Stabilisierungs- und Aufbaumaßnahmen nach dem Ende einer Friedensmission fließt, derzeit rund 40 Prozent. Vor allem: Eine solche Entscheidung wäre keine revolutionäre Neuerung. Die Bestimmungen für friedenserhaltende Maßnahmen (»Peacekeeping«-Missionen) sehen schon jetzt vor, dass bis zu einem Prozent des jeweiligen Einzelhaushalts der Operation für vertrauensbildende Maßnahmen verwendet werden können, die sogenannten »Projekte mit schneller Wirkung« (Quick Impact Projects – QIPs).

Im weltweiten Vergleich wird deutlich, dass Finanzierungen in Konfliktzusammenhängen erkennbar rückläufig sind. In Zeiten pandemiebedingt knapper Kassen werden Bemühungen intensiver, neue Geldquellen zu erschließen. Forderungen nicht nur an die Vereinten Nationen werden lauter, neue, innovative Finanzquellen zu nutzen – sei es über private Geber und Fonds, Ausgabe von Bonds, Partnerschaften mit internationalen Finanzinstituten – und Konzepte mit gemischten Finanzierungen zu entwickeln. Eine Machbarkeitsstudie, finanziert durch das Auswärtige Amt, soll vor dem Hochrangigen Treffen der Generalversammlung im Frühjahr dazu Wege aufzeigen.

Unter vielen anderen befasst sich eine aktuelle Studie des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) mit der Herausforderung, im Bereich präventiver Friedenskonsolidierung über neue, nachhaltige Finanzierungsinstrumente und -modelle nachzudenken.<sup>20</sup> Das Ergebnis dieser Studie ist allerdings ernüchternd. Es ist sehr zu hoffen, dass dies nicht der kleinste gemeinsame Nenner wird, auf den sich die UN-Mitgliedstaaten beim bevorstehenden Hochrangigen Treffen zur Finanzierung der Friedenskonsolidierung einigen können.

## English Abstract

Dr. Hanns Schumacher

**A Short Quantum Leap** pp. 22–26

The United Nations Peacebuilding Fund (PBF), established in 2006 after the UN World Summit, remains the only truly UN-wide funding mechanism for peacebuilding initiatives and depends upon voluntary contributions from member states. UN Secretary-General António Guterres has called for a »quantum leap« in contributions amounting to 500 million U.S. dollars annually to secure funding. Payments have never come close to meeting this target, and demand is gradually beginning to outpace available resources. A High-level Meeting for Financing for Peacebuilding of the General Assembly in spring 2022 will discuss available funding options.

*Keywords: António Guterres, Friedenskonsolidierung, Finanzen/Finanzierungsfragen, Generalsekretär, Mitgliedschaft, Peacebuilding, Finance/Funding, Secretary-General, Membership*

<sup>19</sup> UN-Dok. A/RES/75/201 v. 21.12.2020, Para. 4 und S/RES/2558 v. 21.12.2020.

<sup>20</sup> Jannie Lilja/Gary Milante, Financing for Peacebuilding Ecosystems, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 22.6.2021, [www.sipri.org/commentary/blog/2021/financing-peacebuilding-ecosystems](http://www.sipri.org/commentary/blog/2021/financing-peacebuilding-ecosystems)